



die tageszeitung

Ausgabe Berlin
Nr. 9322
42. Woche
32. Jahrgang
€ 1,90 AUSLAND
€ 1,30 DEUTSCHLAND

MITTWOCH, 20. OKTOBER 2010 | WWW.TAZ.DE

HEUTE IN DER TAZ



BUCHPREIS Melinda Nadj-Abanji liest. Sie sagt: „Vorher war ich weder noch. Jetzt bin ich alles“ > SEITE 16

TERROR Beim Anschlag in Tschetschenien sterben sieben Menschen > SEITE 4, 12

OPER „Don Giovanni“ nicht zum Wohlfühlen: Roland Schwab inszeniert in Berlin > SEITE 15

BERLIN Der Bund streicht beim Städtebau. Das trifft auch viele soziale Projekte > SEITE 21

Foto: Tobias Bohm

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Besorgt blickt *verboten* nach Hof: In der Perle Oberfrankens soll ein Hotelier zwei junge Urlauber vor die Tür gesetzt haben, weil sie sich beim Einchecken als Kreuzberger geoutet hatten. Der Musiker und seine Freundin, eine Lehramtsstudentin, zeigten sich im Interview mit der *Frankenpost* schockiert und fühlten sich diskriminiert. Dieser krasse Fall von Ausgrenzung verschärft die aktuelle Integrationsdebatte. Mittlerweile muss man nicht mal mehr migrantischer Herkunft sein, um Opfer von Diskriminierung zu werden, es reicht, wenn man in einem Stadtteil mit Migranten zusammenlebt.

Der Riss durch unsere Gesellschaft ist tiefer als gedacht.

TAZ MUSS SEIN

Die tageszeitung wird ermöglicht durch 10.184 Genossinnen, die in die Pressefreiheit investieren.
Infos unter geno@taz.de oder tel. 030-25 90 22 13
Aboservice: tel. 030-25 90 25 90 fax (030) 25 90 26 80 abomail@taz.de
Anzeigen: tel. 030-25 90 22 38/-90 fax 030-251 06 94, anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: tel. 030-25 90 22 22
Redaktion: tel. 030-259 02-0 fax 030-251 51 30, briefe@taz.de
taz, die tageszeitung
Postfach 610229, 10923 Berlin
taz im Internet: www.taz.de



Danke, Herr Präsident

DEUTSCHLAND Christian Wulff lässt sich von Islam-Gegnern nicht beirren: Die in der Bundesrepublik lebenden Einwanderer „gehören zu uns“, sagt der Bundespräsident in Ankara > SEITE 2



MEHR ZUM THEMA

„Etwas Gruseliges geht in unserem Land vor sich“: Hilal Sezgin über das Muslim- und Wulff-Bashing > SEITE 12
Beim deutsch-türkischen Zahnarzt: eine Praxis, vier Meinungen über Christian Wulff und Thilo Sarrazin > SEITE 13

Gibt CSU-Chef Seehofer Contra: Bundespräsident Christian Wulff
Foto: imago/Bild13

KOMMENTAR VON PHILIPP GESSLER

Der Bundesintegrationsbeauftragte

Das Ganze hat natürlich auch seine komischen Seiten: Da bemühte sich Exbundespräsident Horst Köhler jahrelang vergeblich, wenigstens einen einzigen Satz zu sagen, der von ihm in Erinnerung bleiben würde. Und seinem Nachfolger Christian Wulff gelingt dies, fast aus Versehen, schon in seinen ersten Wochen im Amt. Da wurde der deutsche Nationalkicker Mesut Özil beim deutsch-türkischen Länderspiel neulich in Berlin über 90 Minuten jedes Mal von türkischen Fans gellend ausgepöfeln, sobald er gegen den Ball trat. Und der türkische Staatspräsident Abdullah Gül preist ihn kurz danach als leuchtendes Vorbild gelungener Integration in Deutschland.

Die Liste der Absurditäten ließe sich fortsetzen. Aber witzig ist es nicht mehr: Rassismus wird gerade wieder hoffähig gemacht in Deutschland. Gut, dass Bundespräsident Wulff in dieser von Resentiments und Unwissen geprägten Diskussion die richtigen Worte findet. So auch jetzt wieder in Ankara.

Das hatte dem früheren Ministerpräsidenten Niedersachsens vor Amtsantritt im Schloss Bellevue kaum jemand zugetraut. Bis dahin umwehte Wulff die Langeweile eines Traumschwiegersohns. Doch auf einmal legt der CDU-Spitzenpolitiker los – und ruderte bisher auch nicht zurück, obwohl er für seine Aussage, der Islam ist Teil Deutschlands,

vielen Kritik aus den eigenen Reihen erlitt. Dass er es außerdem vor dem türkischen Parlament gewagt hat, sowohl die Probleme bei der Integration („das Verhalten in Staatshilfe, Kriminalitätsraten, Machogehabe, Bildungs- und Leistungsverweigerung“) anzusprechen wie den immer noch schäbigen Umgang des türkischen Staats mit den so harmlosen Forderungen der winzigen christlichen Minorität in der Türkei – beides zollt einem

Es verdient Respekt, wie er in Ankara die Lage der Christen in der Türkei ansprach

dann doch Respekt ab. Klar ist: Ohne eine geglückte Integration der türkischstämmigen Einwanderer in Deutschland und eine Gleichberechtigung der Christen in der Türkei wird es keinen EU-Beitritt des Landes geben. Die gegenwärtige Regierung in Ankara scheint das zu wissen.

Wenn sich Wulff weiterhin so unerwartet mannhaft gegen die gefährlichen Polemiken à la Sarrazin und Seehofer als Integrator und Aufklärer beweist, darf man schon jetzt von einer wichtigen Präsidenschaft reden. Wir werden von Wulff wohl nie rhetorische Glanzstücke im Stile eines Heuss, Weizsäcker oder Rau hören. Aber im Augenblick ist er genau der richtige Mann am rechten Platz.

Massenprotest in Frankreich ausgeweitet

RENTENREFORM Schule abgebrannt, Benzin geht aus, mehrere Verletzte

PARIS *dpa/taz* | In Frankreich radikalisieren sich die Proteste gegen die Rentenreform. In Lyon und anderen Orten standen nach Jugendkrawallen am Dienstag erneut Autos in Flammen. Mehrere Polizisten und ein Fotograf wurden bei Auseinandersetzungen verletzt. Ein explodierender Motorroller verwundete in Paris eine 15-Jährige schwer. In Le Mans brannte eine Schule ab, die zuvor blockiert worden war. Streikaktionen beeinträchtigten die Luftfahrt, den Fern- und Nahverkehr sowie die Post, Schulen, Universitäten und viele Betriebe. In einem Drittel des Landes gebe es bereits Treibstoffengpässe, sagte Ministerpräsident Fillon. In Toulouse und Marseille stapelt sich der Müll in den Straßen.
> Schwerpunkt SEITE 3
> Meinung + Diskussion SEITE 12

Kein Verfahren wegen Roma gegen Paris

BRÜSSEL *afp/taz* | Die EU-Kommission verzichtet auf ein Strafverfahren gegen Frankreich. Damit folgte sie am Dienstag in Brüssel einem Vorschlag von Justizkommissarin Viviane Reding. Reding hatte der Regierung in Paris vorgeworfen, durch die Gruppenabschiebungen von Roma in deren EU-Heimatländer Rumänien und Bulgarien das EU-Recht auf Niederlassungsfreiheit zu verletzen. Die Kommission hatte Paris deshalb mit einem Strafverfahren gedroht. Nun erklärte Reding, Frankreich habe alles getan, worum es von der EU-Kommission gebeten worden sei. Die Lage der Roma in Bulgarien bleibt ernst. Zehntausende Menschen leben dort verarmt und isoliert in Notunterkünften.
> Reportage SEITE 5